



ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Vorschlag der SPD Fraktion
hier: Realisierung der Beschlüsse des UWA

Beratungsfolge:

29.01.2020 Ausschuss für Umwelt, Stadtsauberkeit, Sicherheit und Mobilität

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung berichtet über den Stand der Umsetzung folgender Beschlüsse des Umweltausschusses:

Förderung von Dachbegrünungen auf öffentlichen und privaten Gebäuden
Beschluss UWA 19. 6. 2018:

1.
Die Verwaltung wird beauftragt zu überprüfen, welche städtischen Gebäude (inkl. Gebäude der städtischen Tochtergesellschaften) für eine Dachbegrünung in Frage kommen.
2.
Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, verschiedene Möglichkeiten aufzuzeigen, wie private Hauseigentümer für die Installation von Dachbegrünungen (auch auf Garagendächern) gewonnen werden können.
3.
Die Verwaltung zeigt auf, anhand welcher Bauvorschriften Dachbegrünungen bei Neubauvorhaben verbindlich durchgesetzt werden können. 2



**Erstellung eines Stadtgrün-Entwicklungskonzeptes für Hagen (Grüner Masterplan);
hier: Beantragung von Fördermitteln aus dem Bundesprogramm "Masterplan
Stadtnatur"**

Beschluss UWA 26. 6. 2019:

1.

Die Verwaltung wird aufgefordert, den am 13. November 2014 vom Rat einstimmigen Beschluss zum Masterplan Grün (1119/2014) endlich umzusetzen. Darin wurde die Verwaltung beauftragt, unter Einbeziehung der GWH, der privaten Wohnungswirtschaft und ggf. weiterer Akteure ein Stadtgrün-Entwicklungskonzept für die Gesamtstadt („Grüner Masterplan“) zu erarbeiten.

2.

Die Verwaltung prüft, inwieweit Fördermittel aus dem am 6. Juni 2019 durch das Bundeskabinett beschlossenen „Masterplan Stadtnatur“ für das Hagener Stadtgrünkonzept akquiriert werden können.

3.

Die Verwaltung wird um Prüfung der Fördermodalitäten gebeten. Die Ergebnisse sollen so rechtzeitig vorgelegt werden, dass sie noch in die Haushaltsberatungen eingebracht werden können.

Vermeiden der LKW-Durchfahrverkehre in Wohngebieten

Beschluss UWA 11. 9. 2019

Die Stadtverwaltung wird beauftragt:

1.

Das vorhandene Durchfahrverbot für LKW stadtauswärts für die Remberg- und Eppenhauser Straße durch ein Durchfahrtsverbort stadteinwärts ab Feithstraße zu ergänzen.

2.

Zur Vermeidung von Ausweichfahrten über die Haldener Straße bzw. Lützowstraße für diese Straßen ebenfalls ab Feithstraße bzw. ab Heinitzstraße Richtung Bülowstraße ein Durchfahrverbot zu beschildern.

3.

Mit der Öffnung der Bahnhofshinterfahung ein Durchfahrverbot für LKW über die Wehringhauser Straße / Bergischer und Märkischer Ring in beiden Fahrrichtungen zu beschildern.

4.

Ähnliche Maßnahmen zur Vermeidung von LKW-Verfahren sind im gesamten Stadtgebiet zu prüfen.

5.

Die angekündigte Verkehrszählung soll kurzfristig realisiert werden.



Schienenverkehr in der Region Hagen
Beschluss UWA 11. 9. 2019

Der Rat fordert die Stadtverwaltung und zusätzlich den Zweckverband VRR AöR auf, als TÖB bei der Neuaufstellung des NVP des Nahverkehrsraum Westfalen Lippe (NWL) eine Stellungnahme abzugeben, die mindestens das Beibehalten des gegenwärtigen SPNV-Angebotes von dem NWL-Gebiet nach Hagen HBF und zurück auch als Basis des zukünftigen Angebotes berücksichtigt – insbesondere vor dem Hintergrund der perspektivisch angedachten Relation Siegen – Lennetal – Dortmund unter Umfahrung von Hagen Hbf.

Der Rat bittet den Oberbürgermeister, diese Anforderungen auch vor dem Hintergrund seines Mandates beim VRR tatkräftig zu unterstützen.

Vermeidung der LKW-Durchfahrverkehre in Wohngebieten
Beschluss UWA 30. 10. 2019

Der Ausschuss für Umwelt, Stadtsauberkeit, Sicherheit und Mobilität bittet die Verwaltung um Prüfung, ob im Straßenzug Remberg-/Eppenhauser Str. in beiden Fahrtrichtungen Tempo 30 ausgewiesen werden kann.

Dachbegrünung von Bushaltestellen
Beschluss UWA 27. 11. 2019

Die Verwaltung wird gebeten, bei Neubauten von Bushaltestellen eine Dachbegrünung oder die Installation von Solaranlagen zu prüfen und vorzustellen.

Photovoltaik und Klimaschutz gemeinsam mit der Bürgerschaft voranbringen
Beschluss: UWA 27. 11. 2019

Die Verwaltung wird um Prüfung der folgenden Punkte zur Sitzung im nächsten Frühjahr gebeten:

1.

Die Eigenstromerzeugung auf Dächern und auf Wandflächen städtischer Gebäude sowie auf Freiflächen im Eigentum der Stadt oder städtischer Beteiligungen wird vorangetrieben. Hierzu legt die Verwaltung zeitnah eine Übersicht über den Stand der Planung und Errichtung von Photovoltaikanlagen zur Eigenbedarfsbedeckung auf den städtischen Kitas und Schulen sowie auf geeigneten Freiflächen vor. Dargestellt werden sollen die Eigenverbrauchsanteile und eine Abschätzung der Wirtschaftlichkeit der Anlagen.

2.

Gewerbebetriebe werden zur (profitablen) Nutzung von Photovoltaik auf eigenen Dächern zum Eigenverbrauch angeregt und aktiv beraten.

3.

Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit der ENERVIE, der HGW sowie



genossenschaftlichen Wohnprojekten ein mit dem aktuellen EEG kompatibles Mieterstrommodell zu erarbeiten, das auf andere Wohnimmobilien übertragen werden kann. Ziel ist es, damit bis zu 50 Prozent der Bevölkerung die Beteiligung an der Stromerzeugung durch Photovoltaik zu ermöglichen.

4.

Die Verwaltung erarbeitet mit den Sportvereinen in Hagen ein Konzept, um Dächer oder Tribünen von Sporthallen für die Installation von Photovoltaikanlagen zu nutzen. In einem zweiten Schritt sollen konkrete Realisierungs- bzw. Finanzierungsvorschläge erarbeitet werden. Dabei soll die ENERVIE einbezogen und der Aspekt der Bürgerbeteiligung, über finanzielle Beteiligungsmodelle berücksichtigt werden.

5.

Die in Hagen auf dem Gebiet der erneuerbaren Energie bereits tätigen Vereine, Genossenschaften und Initiativgruppen sind zu beteiligen.

Entsiegelung von Verkehrsinseln **Beschluss UWA 27. 11. 2019**

Bei Neu- und Umbauten von Verkehrsinseln wird die Verwaltung um Prüfung gebeten, ob die Bepflanzung mit heimischen Pflanzen, wie z.B. Wildstauden möglich ist und ob für diese Maßnahmen ggf. Fördermittel zu akquirieren sind.

Die Ergebnisse sind dem Umweltausschuss vorzustellen

Kostenloses WLAN im Hagener ÖPNV **Beschluss UWA 27. 11. 2019**

Die Verwaltung wird in Kooperation mit der Hagener Straßenbahn AG beauftragt zu prüfen:

- wie kurzfristig die Bereitstellung kostenfreier WLAN-Zugriffspunkte in Fahrzeugen und an größeren Knotenpunkten sowie Haltestellen realisiert werden kann,
- wie hoch die Kosten für eine solche Bereitstellung sowohl in der Anschaffung als auch im Unterhalt sind,
- inwieweit das Netzwerk durch die Freifunkinitiative (mit-)geplant, eingerichtet und
- Inwieweit diese Möglichkeiten auch bei aktuellen Subunternehmen umgesetzt werden können.

Die Ergebnisse sind dem Ausschuss Anfang 2020 darzustellen

Radverkehrskonzept **Beschluss UWA 14. 11. 2019** **Beantwortung folgender Fragen:**

- Was ist bisher veranlasst worden, um den Ausbaus, die Erhaltung und Sanierung (insbesondere Beheben beschädigter Beläge) der Infrastrukturen für den Radverkehr voran zu treiben?
- Welche Ergebnisse und Konsequenzen haben sich aus der regelmäßigen Kontrolle und



Unterhaltung der Radverkehrsanlagen – auch der anderen Radwege – (insbesondere Reinigung und Grünschnitt) ergeben.

- Wer ist für die Reinigung der Radwege zuständig, erstreckt sich die Anliegereinigung für Bürgersteige auch auf unmittelbar angrenzende Radwege?
- Welche Radwege für den Alltagsverkehr sollen in den Winterdienst aufgenommen werden, wer trägt die Kosten für den Winterdienst, werden die Kosten in den Aufwand für die entsprechende Gebühr einbezogen

Kurzfassung

Entfällt.

Begründung

In den letzten zwei Jahren sind eine Reihe von Beschlüssen des Ausschusses aufgrund entsprechender Anträge der Fraktionen gefasst worden.

Von daher hält die SPD-Fraktion es für erforderlich, dass die Verwaltung einen Bericht / Zwischenbericht zur Umsetzung der Beschlüsse dem Ausschuss vorlegt. Die SPD-Fraktion behält sich vor auf der Grundlage des Berichtes Anträge zu stellen.



Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

☒ sind nicht betroffen

An den
Vorsitzenden des
Umweltausschusses
Herrn Hans-Georg Panzer
im Hause

Hagen, 20. Januar 2020

Realisierung der Beschlüsse des UWA

Sehr geehrter Herr Panzer,

wir bitten um Aufnahme des o.g. Antrages für die nächste Sitzung des
Umweltausschusses, gem. §6 Abs.1 GeschO, am 29. Januar 2020

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung berichtet über den Stand der Umsetzung folgender Beschlüsse des
Umweltausschusses:

1

Förderung von Dachbegrünungen auf öffentlichen und privaten Gebäuden
Beschluss UWA 19. 6. 2018:

1.
Die Verwaltung wird beauftragt zu überprüfen, welche städtischen Gebäude (inkl.
Gebäude der städtischen Tochtergesellschaften) für eine Dachbegrünung in Frage
kommen.
2.
Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, verschiedene Möglichkeiten aufzuzeigen,
wie private Hauseigentümer für die Installation von Dachbegrünungen (auch auf
Garagendächern) gewonnen werden können.
3.
Die Verwaltung zeigt auf, anhand welcher Bauvorschriften Dachbegrünungen bei
Neubauvorhaben verbindlich durchgesetzt werden können.



Erstellung eines Stadtgrün-Entwicklungskonzeptes für Hagen (Grüner Masterplan); hier: Beantragung von Fördermitteln aus dem Bundesprogramm "Masterplan Stadtnatur"

Beschluss UWA 26. 6. 2019:

1.

Die Verwaltung wird aufgefordert, den am 13. November 2014 vom Rat einstimmigen Beschluss zum Masterplan Grün (1119/2014) endlich umzusetzen. Darin wurde die Verwaltung beauftragt, unter Einbeziehung der GWH, der privaten Wohnungswirtschaft und ggf. weiterer Akteure ein Stadtgrün-Entwicklungskonzept für die Gesamtstadt („Grüner Masterplan“) zu erarbeiten.

2.

Die Verwaltung prüft, inwieweit Fördermittel aus dem am 6. Juni 2019 durch das Bundeskabinett beschlossenen „Masterplan Stadtnatur“ für das Hagener Stadtgrünkonzept akquiriert werden können.

3.

Die Verwaltung wird um Prüfung der Fördermodalitäten gebeten. Die Ergebnisse sollen so rechtzeitig vorgelegt werden, dass sie noch in die Haushaltsberatungen eingebracht werden können.

Vermeiden der LKW-Durchfahrverkehre in Wohngebieten

Beschluss UWA 11. 9. 2019

2

Die Stadtverwaltung wird beauftragt:

1.

Das vorhandene Durchfahrverbot für LKW stadtauswärts für die Remberg- und Eppenhauser Straße durch ein Durchfahrtsverbot stadteinwärts ab Feithstraße zu ergänzen.

2.

Zur Vermeidung von Ausweichfahrten über die Haldener Straße bzw. Lützowstraße für diese Straßen ebenfalls ab Feithstraße bzw. ab Heinitzstraße Richtung Bülowstraße ein Durchfahrverbot zu beschildern.

3.

Mit der Öffnung der Bahnhofshinterfahung ein Durchfahrverbot für LKW über die Wehringhauser Straße / Bergischer und Märkischer Ring in beiden Fahrrichtungen zu beschildern.

4.

Ähnliche Maßnahmen zur Vermeidung von LKW-Verfahren sind im gesamten Stadtgebiet zu prüfen.

5.

Die angekündigte Verkehrszählung soll kurzfristig realisiert werden.

Schienenverkehr in der Region Hagen Beschluss UWA 11. 9. 2019

Der Rat fordert die Stadtverwaltung und zusätzlich den Zweckverband VRR AöR auf, als TÖB bei der Neuaufstellung des NVP des Nahverkehrsraum Westfalen Lippe (NWL) eine Stellungnahme abzugeben, die mindestens das Beibehalten des gegenwärtigen SPNV-Angebotes von dem NWL-Gebiet nach Hagen HBF und zurück auch als Basis des zukünftigen Angebotes berücksichtigt – insbesondere vor dem Hintergrund der perspektivisch angedachten Relation Siegen – Lennetal – Dortmund unter Umfahrung von Hagen Hbf.

Der Rat bittet den Oberbürgermeister, diese Anforderungen auch vor dem Hintergrund seines Mandates beim VRR tatkräftig zu unterstützen.

Vermeidung der LKW-Durchfahrverkehre in Wohngebieten Beschluss UWA 30. 10. 2019

Der Ausschuss für Umwelt, Stadtsauberkeit, Sicherheit und Mobilität bittet die Verwaltung um Prüfung, ob im Straßenzug Remberg-/Eppenhauser Str. in beiden Fahrtrichtungen Tempo 30 ausgewiesen werden kann.

Dachbegrünung von Bushaltestellen Beschluss UWA 27. 11. 2019

Die Verwaltung wird gebeten, bei Neubauten von Bushaltestellen eine Dachbegrünung oder die Installation von Solaranlagen zu prüfen und vorzustellen.

Photovoltaik und Klimaschutz gemeinsam mit der Bürgerschaft voranbringen Beschluss: UWA 27. 11. 2019

Die Verwaltung wird um Prüfung der folgenden Punkte zur Sitzung im nächsten Frühjahr gebeten:

1.
Die Eigenstromerzeugung auf Dächern und auf Wandflächen städtischer Gebäude sowie auf Freiflächen im Eigentum der Stadt oder städtischer Beteiligungen wird vorangetrieben. Hierzu legt die Verwaltung zeitnah eine Übersicht über den Stand der Planung und Errichtung von Photovoltaikanlagen zur Eigenbedarfsbedeckung auf den städtischen Kitas und Schulen sowie auf geeigneten Freiflächen vor. Dargestellt werden sollen die Eigenverbrauchsanteile und eine Abschätzung der Wirtschaftlichkeit der Anlagen.

2.

Gewerbebetriebe werden zur (profitablen) Nutzung von Photovoltaik auf eigenen Dächern zum Eigenverbrauch angeregt und aktiv beraten.

3.

Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit der ENERVIE, der HGW sowie genossenschaftlichen Wohnprojekten ein mit dem aktuellen EEG kompatibles Mieterstrommodell zu erarbeiten, das auf andere Wohnimmobilien übertragen werden kann. Ziel ist es, damit bis zu 50 Prozent der Bevölkerung die Beteiligung an der Stromerzeugung durch Photovoltaik zu ermöglichen.

4.

Die Verwaltung erarbeitet mit den Sportvereinen in Hagen ein Konzept, um Dächer oder Tribünen von Sporthallen für die Installation von Photovoltaikanlagen zu nutzen. In einem zweiten Schritt sollen konkrete Realisierungs- bzw. Finanzierungsvorschläge erarbeitet werden. Dabei soll die ENERVIE einbezogen und der Aspekt der Bürgerbeteiligung, über finanzielle Beteiligungsmodelle berücksichtigt werden.

5.

Die in Hagen auf dem Gebiet der erneuerbaren Energie bereits tätigen Vereine, Genossenschaften und Initiativgruppen sind zu beteiligen.

Entsiegelung von Verkehrsinseln

Beschluss UWA 27. 11. 2019

Bei Neu- und Umbauten von Verkehrsinseln wird die Verwaltung um Prüfung gebeten, ob die Bepflanzung mit heimischen Pflanzen, wie z.B. Wildstauden möglich ist und ob für diese Maßnahmen ggf. Fördermittel zu akquirieren sind.

Die Ergebnisse sind dem Umweltausschuss vorzustellen

Kostenloses WLAN im Hagener ÖPNV

Beschluss UWA 27. 11. 2019

Die Verwaltung wird in Kooperation mit der Hagener Straßenbahn AG beauftragt zu prüfen:

- wie kurzfristig die Bereitstellung kostenfreier WLAN-Zugriffspunkte in Fahrzeugen und an größeren Knotenpunkten sowie Haltestellen realisiert werden kann,
- wie hoch die Kosten für eine solche Bereitstellung sowohl in der Anschaffung als auch im Unterhalt sind,
- inwieweit das Netzwerk durch die Freifunkinitiative (mit-)geplant, eingerichtet und
- Inwieweit diese Möglichkeiten auch bei aktuellen Subunternehmen umgesetzt werden können.

Die Ergebnisse sind dem Ausschuss Anfang 2020 darzustellen

Beantwortung folgender Fragen:

- Was ist bisher veranlasst worden, um den Ausbaus, die Erhaltung und Sanierung (insbesondere Beheben beschädigter Beläge) der Infrastrukturen für den Radverkehr voran zu treiben?
- Welche Ergebnisse und Konsequenzen haben sich aus der regelmäßigen Kontrolle und Unterhaltung der Radverkehrsanlagen – auch der anderen Radwege – (insbesondere Reinigung und Grünschnitt) ergeben.
- Wer ist für die Reinigung der Radwege zuständig, erstreckt sich die Anliegereinigung für Bürgersteige auch auf unmittelbar angrenzende Radwege?
- Welche Radwege für den Alltagsverkehr sollen in den Winterdienst aufgenommen werden, wer trägt die Kosten für den Winterdienst, werden die Kosten in den Aufwand für die entsprechende Gebühr einbezogen

Begründung:

In den letzten zwei Jahren sind eine Reihe von Beschlüssen des Ausschusses aufgrund entsprechender Anträge der Fraktionen gefasst worden. Von daher hält die SPD-Fraktion es für erforderlich, dass die Verwaltung einen Bericht / Zwischenbericht zur Umsetzung der Beschlüsse dem Ausschuss vorlegt. Die SPD-Fraktion behält sich vor auf der Grundlage des Berichtes Anträge zu stellen.

Freundliche Grüße



Werner König
SPD-Fraktion



ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHME

Amt/Eigenbetrieb und ggf. beteiligte Ämter:

69

65

Betreff: Drucksachennummer: 0081/2020
Stellungnahme der Verwaltung zum Vorschlag der SPD-Fraktion im Ausschuss für
Umwelt, Stadtsauberkeit, Sicherheit und Mobilität der Stadt Hagen:
Vorschlag der SPD Fraktion
hier: Realisierung der Beschlüsse des UWA

Beratungsfolge:
11.03.2020 Ausschuss für Umwelt, Stadtsauberkeit, Sicherheit und Mobilität



Zur Anfrage der SPD-Fraktion „*Realisierung der Beschlüsse des UWA*“ für die nächste Sitzung des Umweltausschusses am 11. März nimmt die Umweltverwaltung wie folgt Stellung:

Förderung von Dachbegrünungen auf öffentlichen und privaten Gebäuden
Beschluss UWA 19. 6. 2018:

Zur Förderung der Dachbegrünung kann noch keine Stellungnahme abgegeben werden. Die Abstimmungen mit WBH, der Gebäudewirtschaft und 61 laufen immer noch.

Photovoltaik und Klimaschutz gemeinsam mit der Bürgerschaft voranbringen
Beschluss: UWA 27. 11. 2019:

Die Durchführung einer Informations- und Beratungskampagne zu dem Thema „Solarenergie“ ist im Rahmen des Hagener Klimaschutzmanagements geplant. So ist die durch das Bundesumweltministerium geförderte Stelle des Klimaschutzmanagements seit Januar 2020 durch eine Klimaschutzmanagerin erneut besetzt worden. Die neu eingestellte Klimaschutzmanagerin hat sich diesbezüglich intensiv mit den Potenzialen und Möglichkeiten des vorhandenen Solardachkatasters beschäftigt und wird nun aus den Zielen und Projektideen des IKSK, sowie aus den Vorschlägen der SPD-Fraktion zum Thema Photovoltaik und Klimaschutz, konkrete Projekte und (Marketing-) Aktionen entwickeln.

Als nächster Schritt sollen Allianzen für gemeinsame (Teil-) Projekte initiiert werden und es soll ausgelotet werden, welche Projekte machbar sind. Dazu sind Gespräche mit potenziellen Projektpartnern geplant wie beispielsweise der Verbraucherzentrale, den Wohnungsbaugenossenschaften, der Mark-E AG, der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer zu Hagen, der Kreishandwerkerschaft oder dem Stadtsportbund. Auch die in Hagen auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien tätigen Vereine, Genossenschaften und Initiativgruppen sollen eingebunden werden.

Ziel ist es, bestehende Hemmnisse abzubauen und sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch Unternehmen und (Sport-)Vereine für das Thema zu sensibilisieren und somit den Anteil der Sonnenenergienutzung auf dem Gebiet Hagens zu steigern. Dabei soll zum einen das bereits vorhandene Solardachkataster beworben werden; zum anderen sollen neutrale Informationen für die unterschiedlichen Zielgruppen aufbereitet und Fördermöglichkeiten vorgestellt werden. Die Öffentlichkeitsarbeit soll mittels unterschiedlicher Formate durchgeführt werden wie z.B. durch Flyer, Plakate, verstärkte Pressearbeit und durch Informationsveranstaltungen. Die Bausteine, die zur Werbung eingesetzt werden, sollen mit interessierten Projektpartnern entwickelt werden.

Zum Punkt 1:

Die Eigenstromerzeugung auf Dächern und auf Wandflächen städtischer Gebäude sowie auf Freiflächen im Eigentum der Stadt oder städtischer Beteiligungen wird vorangetrieben. Hierzu legt die Verwaltung zeitnah eine Übersicht über den Stand der Planung und Errichtung von Photovoltaikanlagen zur Eigenbedarfsdeckung auf den städtischen Kitas und Schulen sowie auf geeigneten Freiflächen vor. Dargestellt



werden sollen die Eigenverbrauchsanteile und eine Abschätzung der Wirtschaftlichkeit der Anlagen.

Ein aktuelles Angebot der Bürgerenergiegenossenschaft eG liegt der Stadtverwaltung bereits vor, um weitere Photovoltaik-Anlagen auf städtischen Gebäuden zu errichten und zu betreiben. So erfolgte in der 9. KW bei dieser Gesellschaft ein richtungsweisender Termin, der die Vorgehensweise zur Erschließung von Solarenergiepotenzialen auf städtischen Gebäuden zum Inhalt haben sollte. Daher wird kurzfristig ein Gesprächstermin vom FB Gebäudewirtschaft zusammen mit dem Umweltamt und der Bürgerenergiegenossenschaft eG angesetzt, um das weitere Vorgehen abzusprechen. Dabei sind dann auch die weiteren Umsetzungsmöglichkeiten von PV-Anlagen auf den städtischen Kitas und Schulen und auf geeigneten Freiflächen einzubeziehen.

Zum Punkt 2:

Gewerbebetriebe werden zur (profitablen) Nutzung von Photovoltaik auf eigenen Dächern zum Eigenverbrauch angeregt und aktiv beraten.

Die Ansprache von Unternehmen soll im Rahmen der oben genannten Informations- und Beratungskampagne erfolgen. Die Gewerbebetriebe stellen hierbei eine wichtige Zielgruppe dar. Diesbezüglich ist eine Kontaktaufnahme zur Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer geplant.

Zum Punkt 3:

Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit der ENERVIE, der Hagener Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH sowie genossenschaftlichen Wohnprojekten ein mit dem aktuellen EEG kompatibles Mieterstrommodell zu erarbeiten, das auf andere Wohnimmobilien übertragen werden kann. Ziel ist es, damit bis zu 50 Prozent der Bevölkerung die Beteiligung an der Stromerzeugung durch Photovoltaik zu ermöglichen.

Die ENERVIE hatte ihre Bereitschaft zur Mitwirkung an der Entwicklung eines solchen Modells bereits mitgeteilt. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die zu entwickelnden Modelle für alle Beteiligten wirtschaftlich sein müssen. ENERVIE teilte ebenfalls mit, dass sie bereits mit einem Hagener Wohnungsverein in Gesprächen zu einem Mieterstrommodell sei, bisher jedoch noch kein technisch und wirtschaftlich sinnvolles, und für alle Beteiligten handelbares Modell abgestimmt werden konnte. Die Hagener Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH (ha.ge.we) hat zudem ihr Interesse an der Durchführung von Mieterveranstaltungen zu dem Thema Klimaschutz und Energie signalisiert. Daher ist vorgesehen, eine solche Veranstaltung durchzuführen und vor diesem Hintergrund auch das Thema Mieterstrommodell einzubringen.

Zum Punkt 4:

Die Verwaltung erarbeitet mit den Sportvereinen in Hagen ein Konzept, um Dächer oder Tribünen von Sporthallen für die Installation von Photovoltaik zu nutzen. In einem zweiten Schritt sollen konkrete Realisierungs- und Finanzierungsvorschläge erarbeitet werden. Dabei soll die ENERVIE einbezogen werden und der Aspekt der Bürgerbeteiligung, über finanzielle Beteiligungsmodelle berücksichtigt werden.

Diesbezüglich erfolgte eine erste Kontaktaufnahme zur EnergieAgentur.NRW, da diese in Kooperation mit dem Landessportbund Nordrhein-Westfalen bereits sehr aktiv in dem genannten Themenbereich ist. Zudem begleitet die EnergieAgentur.NRW die Umsetzung des



Landesförderprogrammes „Moderne Sportstätte 2022“, dessen Schwerpunkt auf der energetischen Gebäudemodernisierung liegt und das ggf. auch für die Finanzierung von PV-Anlagen infrage käme. Als nächster Schritt wird ein Gespräch mit dem Stadtsportbund Hagen geführt, um die weitere Vorgehensweise abzuklären und um gemeinsam zu ergründen, welche Sportvereine Interesse an der Nutzung von Photovoltaik haben. Die ENERVIE hat ebenfalls ihre Bereitschaft zur Mitwirkung signalisiert.

Zum Punkt 5.

Die in Hagen auf dem Gebiet der erneuerbaren Energie tätigen Vereine, Genossenschaften und Initiativgruppen sind zu beteiligen.

Die Ansprache der hier genannten Institutionen ergibt sich während der Entwicklung der einzelnen Teilprojekte zur Nutzung der Photovoltaik.



gez.

Thomas Huyeng Beigeordneter



Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung

☒ Ja

☐ Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

Stadtkämmerer

Stadtsyndikus

Beigeordnete/r
Die Betriebsleitung
Gegenzeichen:

Amt/Eigenbetrieb:

69

65

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb:

Anzahl:
